

Bildungsarmut und ihre lebenslangen Folgen

Übersicht und Aufbereitung empirischer Studien im Rahmen des Projektes »Unentdeckte Talente« des AMS Wien



1 Einleitung: Inhalt der Studie

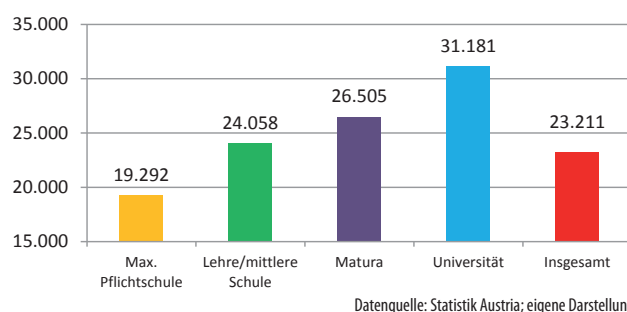
Rund 130.000 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren sind in Österreich »Frühe AusBildungsabbrecherInnen«. Sie haben keinen Sekundarabschluss II, gehen in keine Schule und stehen nicht in einer Ausbildung. Mit dieser Arbeit¹ wird ein Überblick über eine Vielzahl empirischer Studien – zumeist aus Österreich, andernfalls aus Deutschland – gegeben, wie sich die Situation der Menschen darstellt, die keine über die Pflichtschule hinausgehende AusBildung² abgeschlossen haben, was sich ändern könnte und welche Vorteile daraus für die einzelnen Betroffenen, für die Gesellschaft und sogar für die wirtschaftliche Prosperität Österreichs erwachsen könnten. Sofern sich aus den empirischen Daten Unterschiede zwischen der Bundeshauptstadt und Gesamtösterreich herauslesen ließen, wurden diese herausgearbeitet. Es wurden die jeweils aktuellsten verfügbaren Zahlen herangezogen. Der vorliegenden Kurzfassung liegt die Langfassung mit gleichem Titel »Bildungsarmut und ihre lebenslangen Folgen. Übersicht und Aufbereitung empirischer Studien« zugrunde.³

2 Folgen von Bildungsarmut

Tatsächlich kann der Einfluss von Bildung nicht hoch genug eingeschätzt werden: Bildung wirkt sich auf alle Lebensbereiche der einzelnen Mitmenschen und die Gesellschaft als Ganzes aus. Die einzelnen Faktoren sind zumeist nicht voneinander unabhängig, sie beeinflussen sich gegenseitig oder bedingen einander sogar. Übrig bleibt, dass fehlende und mangelhafte Bildung sich jedenfalls auf die folgenden Bereiche auswirkt:

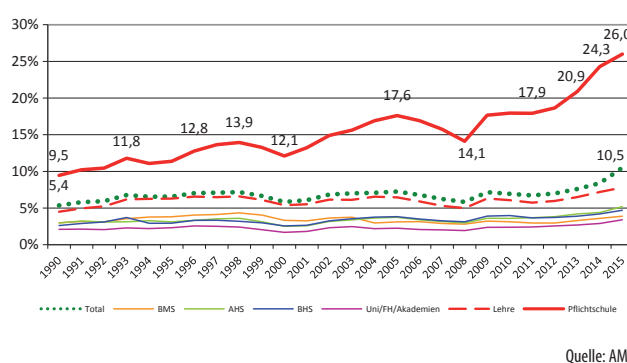
- Mangelhafte Bildung drückt den Lebensstandard: Im Medianvergleich verdienen Menschen mit maximal Pflichtschulbildung mit 19.292 Euro brutto jährlich um 17 Prozent weniger als alle Unselbständigen Österreichs zusammen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Medianeinkommen (brutto), nach Bildung, 2014



- Die Beteiligung am Erwerbsleben bleibt bei Personen mit maximal Pflichtschulausbildung viel zu niedrig: Erwerbstätigenquote von 45 Prozent gegenüber einer Gesamterwerbstätigenquote von 71,1 Prozent.
- Selbst wenn sie sich am Erwerbsleben beteiligen, sind sie in überdurchschnittlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. 2015: Arbeitslosenquote von 26 Prozent in ganz Österreich (vgl. Abbildung 2), 38,9 Prozent (Wien) gegenüber 10,5 Prozent (Österreich) bzw. 13,5 Prozent (Wien) über alle Alters- und Bildungsstufen.

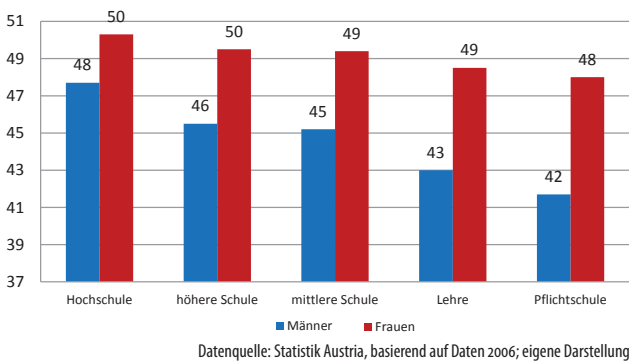
Abbildung 2: Nationale Arbeitslosenquote, nach Bildung, 1990–2015



1 In der vorliegenden Kurzfassung wird auf Quellenverweise sowie auf das Literaturverzeichnis komplett verzichtet, sie sind in der Langfassung nachzulesen.
 2 Mit der Schreibweise »AusBildung« sollen sowohl der schulische Bildungsaspekt als auch der duale Bildungsaspekt betont werden.
 3 Doris Landauer (Wien 2016), abrufbar in der E-Library des Forschungsnetzwerkes des AMS Österreich unter www.ams-forschungsnetzwerk.at/deutsch/publikationen/BibShow.asp?id=11499 oder auf der Projekt-Website unter www.unentdeckte-talente.at/das-projekt

- Dies führt dazu, dass Bildungsbenachteiligte überdurchschnittlich oft auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ohne Sozialleistungen wären 36 Prozent der PflichtschulabsolventInnen arbeitsgefährdet, über alle Bildungsschichten betrachtet wären es 25 Prozent. Nach Berücksichtigung der Sozialleistungen sind 2014 immer noch 21 Prozent der Personen mit maximal Pflichtschulbildung arbeitsgefährdet, über alle Personengruppen zusammen sind 14 Prozent arbeitsgefährdet.
- Menschen mit maximal Pflichtschulbildung sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Nur 42 Prozent aller PflichtschulabsolventInnen waren in einem vierjährigen Beobachtungszeitraum nie arbeitsgefährdet – gegenüber 76 Prozent in allen Bildungsschichten insgesamt. 15 Prozent der PflichtschulabsolventInnen waren aber zumindest zwei Jahre durchgehend arbeitsgefährdet – gegenüber neun Prozent in allen Personengruppen.
- Mangelhafte Bildung wirkt sich daher auch negativ auf die Gesundheit aus. 20 Prozent der manifest Armen leiden an chronischen Krankheiten – gegenüber neun Prozent aller Menschen in Österreich.
- Frauen und Männer schätzen ihren Gesundheitszustand leicht unterschiedlich ein. Die Differenz aber zwischen niedriggebildeten und höhergebildeten Menschen in Österreich liegt bei 17 bis 18 Prozentpunkten. Als sehr gut und gut schätzen zum Beispiel 70 Prozent der Männer mit Pflichtschule ihren Gesundheitszustand, aber 88 Prozent der Männer mit Höherer Schule oder Hochschule.
- Gleiches gilt analog bei der Beurteilung der Lebensqualität insgesamt, beim Rauchen, bei der Vitalität, dem psychischen Wohlbefinden, Vorsorgeuntersuchungen etc.
- All das ergibt eine massiv verkürzte Lebenserwartung niedriggebildeter Menschen gegenüber höhergebildeten Menschen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Fernere Lebenserwartung der 35-Jährigen, nach Bildung, in Jahren

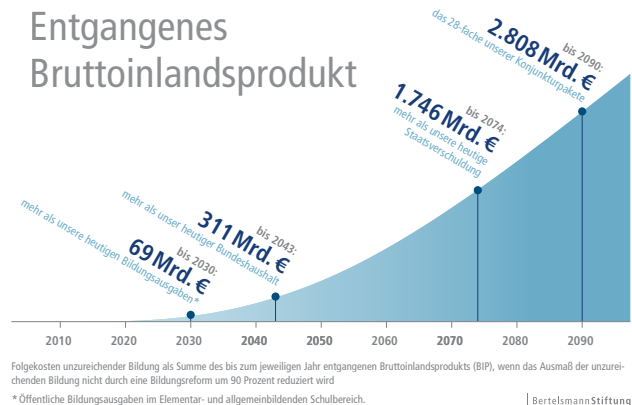


- Mangelhafte Erstausbildung reduziert auch die Weiterbildungsbeteiligung lebenslang. 65 Prozent der Weiterbildungsabstinenten haben lediglich Pflichtschule oder Lehre, während 64 Prozent der WeiterbildungsteilnehmerInnen eine höhere Schulbildung oder eine akademische Bildung aufweisen.
- Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sind extrem überdimensional in Gefängnissen vertreten. Fast drei Viertel der GefängnisinsassInnen haben maximal Pflichtschule – gegenüber 27 Prozent der Wohnbevölkerung zum Zeitpunkt der Erhebung.

Selbst LehrabsolventInnen sind mit 23 Prozent nur weniger als halb so häufig in Gefängnissen vertreten wie in der Gesamtbevölkerung (49 Prozent).

- Die Beteiligung an demokratischen Prozessen ist erheblich niedriger als die Höhergebildeter. Die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl in Deutschland 2009 lag bei den bis 34-jährigen Wahlberechtigten mit maximal Pflichtschulabschluss um 30 Prozentpunkte niedriger als die der HochschulabsolventInnen. Eine österreichische Studie dazu liegt nicht vor.
- Nach alledem kann ein klarer Zusammenhang zwischen höherer Bildung aller Bevölkerungsschichten und der Prosperität eines Landes hergestellt werden. Und dies nicht nur, was die Quantität der Bildungsjahre angeht, sondern auch, was die Qualität des Ergebnisses der Bildung angeht. Für Deutschland würde schon eine Erhöhung der schlechtestgebildeten SchülerInnen auf ein über das Grundschulniveau hinausgehendes PISA-Niveau eine Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes in der Höhe des gesamten derzeitigen Deutschen Bundeshaushalts bis 2043 nach sich ziehen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Entgangenes Brutto-Inlandsprodukt, Folgekosten unzureichender Bildung, Bertelsmann Stiftung 2009



Quelle: Bertelsmann Stiftung: Was unzureichende Bildung kostet – Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum. Gütersloh 2009. Berechnungen von Ludger Wößmann und Marc Piopiunik

Mit mehr als einem Viertel an so genannten »RisikoschülerInnen« nach der Schulpflicht, einer »Frühen-Aus-BildungsabbrecherInnen/FABA-Quote (nach Registerberechnung) von 13 Prozent, einer MaturantInnen-Quote von knappen 40 Prozent und einer AkademikerInnen-Quote (im engeren Sinn) von mageren 27 Prozent (unter den 30- bis 34-Jährigen) kann sich Österreich leider nicht rühmen. Damit werden die Bildungsziele, zu denen sich Österreich für 2020 bekannt hat, bei Weitem verfehlt. Das einzig erreichte »Bildungsziel« (Early-School-Leaver-Quote nach internationaler Berechnung) ist maßgeblich den »Reparaturaktivitäten« des Sozialressorts geschuldet, die sich in den Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Lehrstellenförderung, dem Jugendcoaching und der Förderung der benachteiligten Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf niederschlagen. Der Löwenanteil davon – und somit auch der größte Faktor zur Reduktion der Early-School-Leaver-Quote – fließt in die Ausbildungsgarantie mit ihren Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen (ÜBA). Weiteren Schub wird künftig die »Aus-Bildung bis 18« (Ausbildungspflicht) bringen, für die wiederum das Sozialressort federführend zeichnet. Das Ausga-

benniveau für Jugendliche aus dem Sozialbudget (ohne Bedarfsorientierte Mindestsicherung/BMS) übersteigt damit bei Weitem das Niveau des Anteiles der Jugendlichen an allen Arbeitslosen.

3 Ansatzpunkte für Veränderungen

In der vorliegenden Studie wurde des Weiteren untersucht, inwiefern empirische Studien schon Hinweise geben, an welchen Stellen man ansetzen müsste, um das Bildungssystem zu verbessern. Nun, die Ergebnisse überraschen zumeist nicht wirklich. Zu oft wurden die meisten davon bereits andernorts festgestellt. Was diese Studie leistet, ist, die Einzelergebnisse zusammenzutragen und sie gebündelt vorzulegen:

Das Bildungssystem diskriminiert systematisch Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache und lässt auch zu, dass Bildung »vererbt« wird. Kinder von Eltern mit niedriger Bildung schaffen in den seltensten Fällen einen sozialen Aufstieg durch eine höhere Bildung als ihre Eltern. Es wurden alle Qualifikationsstufen bis zur Sekundarstufe II durchleuchtet und entsprechende Studienergebnisse aufbereitet. Nach den Ergebnissen wäre es mehr als angezeigt, Chancengerechtigkeit im Bildungssystem herzustellen. Desgleichen schafft es das Bildungssystem nur unzureichend, die traditionelle Geschlechtertrennung tatsächlich in allen Bereichen zu überwinden: In den Technischen Schulen fehlen die Frauen, in den Lehrerbildenden Schulen fehlen die Männer.

Wenn die Bildungspolitik in Österreich mit der internationalen Entwicklung mithalten will, dann müssten alle Potenziale gehoben werden, ist doch das »Humankapital« Österreichs wichtigste Ressource. Kinder aus sozial schwächeren Schichten werden ebenso wie Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache nach wie vor systematisch mit 9,5 Jahren ausselektiert. Soll also Chancengerechtigkeit angestrebt werden, dann muss die systematische frühe Selektion der Kinder verhindert werden. Diese Selektion würde nur dann keine Hürde für Chancengerechtigkeit darstellen, wenn man in diesem Alter schon abschätzen könnte, in welche Richtung und auf welches Niveau die intellektuelle Entwicklung der Kinder gehen könnte. Oder aber, diese Hürde wäre überwindbar, wenn entsprechende Förderungen der bislang unentdeckten Talente in den verschiedenen Schultypen auf der Sekundarstufe I die gleichen Chancen auf höhere Bildung ermöglichten. In allen anderen Fällen – und dafür sprechen die vielen empirischen Belege, viele davon in dieser Studie zusammengefasst – stellt diese Selektion ein massives Hindernis für höhere Bildung dar. Für die einen, die hier im Fokus stehen, weil sie an eine »Gläserne Decke« stoßen, für die anderen, Kinder höhergebildeter Eltern, weil sie vielleicht Erwartungen entsprechen müssen, denen sie vielleicht gar nicht entsprechen wollen, und denen etwa handwerkliche Ausbildungen gar nicht offen stehen. Oder auch für Kinder mit höherer Begabung, die für Spitzenleistungen gefördert werden müssten, die aber allzuoft ebenfalls als frühe BildungsabbrecherInnen ihre formale Bildungslaufbahn an den Nagel hängen. Die zusammengefassten Ergebnisse im Detail:

- Die Sonderschule stellt ein Sammelbecken für bildungsbenachteiligte SchülerInnen dar: Kinder von Eltern mit maximal Pflichtschulbildung und MigrantInnenkinder der 1. Generation sind erheblich häufiger in der Sonderschule anzutreffen als ihrem Bevölkerungsanteil entspräche, in Wien weniger deutlich als in den anderen Bundesländern.

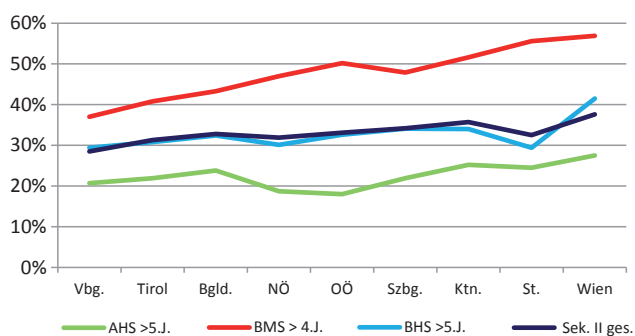
- In allen Bundesländern können die AbsolventInnen der Sonderschule mehrheitlich keinen Sekundarabschluss II erlangen, das sind in sieben Bundesländern über 60 Prozent und bis zu 70 Prozent in Wien, die ohne relevante Ausbildung bleiben.
- Die Schnittstelle zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe I ist – neben der Phase der Einschulung selbst bzw. dem Übergang vom Kindergarten in die Volksschule – eine der entscheidendsten und problematischsten Sollbruchstellen unseres Bildungssystems. Hier findet in einem allzu frühen Alter eine Selektion statt, die nicht auf den Fähigkeiten, Neigungen und Zielen der Kinder selbst basiert – und basieren kann! Dieser Aspekt ist vielfach untersucht, und keine der empirischen Untersuchungen stellt dem System ein zufriedenstellendes Zeugnis aus. Kindern von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss und MigrantInnenkindern aus Drittstaaten bleibt der Zugang zu einer AHS-Unterstufe zumeist verwehrt, türkischen Kindern sogar erheblich und in noch stärkerem Ausmaß als vor 30 Jahren.
- Die Schulform, in der die Sekundarstufe I absolviert wurde, prädestiniert aber die Eintrittswahrscheinlichkeit in eine maturaführende Höhere Schule: Während nur 42 Prozent der Haupt- und Neuen MittelschülerInnen in eine Höhere Schule wechseln, sind es aus der AHS-Unterstufe 93,5 Prozent.
- Daher galt es zu untersuchen, inwiefern die Sekundarstufe II zu kompensieren in der Lage ist, was die Elementar-, die Primar- und die Sekundarstufe I an Herstellung von Chancengerechtigkeit vernachlässigt haben. Tatsächlich ist die Sekundarstufe II der wichtigste Prädiktor des Erfolges im weiteren Leben. Hier hat sich in den letzten 30 Jahren tatsächlich etwas verändert: Heute sind es die Frauen, die vermehrt höhere Schulausbildungen und in weiterer Folge Hochschulen (Uni, FH, PH) positiv durchlaufen und abschließen, MigrantInnen aus Drittstaaten bleiben nach wie vor zurück.
- Auch die Größe des Wohnortes hatte immer schon Bedeutung, allerdings hat sich das Problemfeld verändert: Früher waren es die »Mädchen vom Land«, die schlechtere Bildungszugänge hatten, heute sind es die »Burschen in der Stadt«.⁴
- Selbst in der Dualen Ausbildung fallen wieder die gleichen soziodemographischen Merkmale negativ ins Gewicht: MigrantInnen sind beim Zugang zum Lehrstellenmarkt benachteiligt, sie sind in stärkerem Maße dropout-gefährdet und sogar nach Absolvierung der Lehre beim Eintritt in die Erwerbstätigkeit ein drittes Mal benachteiligt. In allen drei Punkten trifft diese Diagnose auf Wien weniger zu als auf Österreich gesamt – allerdings mit sehr hohen Ausfallraten bei der Dualen Ausbildung in Wien (wird im Folgenden noch näher ausgeführt).
- Die Lehre allerdings ist insgesamt nach wie vor von Männern dominiert: Der Frauenanteil beträgt 34,5 Prozent in ganz Österreich und 39,6 Prozent in Wien.
- Geht man zudem auch noch der Frage nach, inwiefern die diversen Schulen die Kompetenzlevel erreichen, die sie erreichen

⁴ Statistik Austria zieht schon bei 30.000 EinwohnerInnen eine Grenze zwischen Stadt und Land. Die »Mädchen« und »Burschen« wurden aus einem Zitat der Statistik Austria übernommen.

sollen, dann stellt sich wieder ein ernüchternder Befund ein: 20 Prozent der österreichischen SchülerInnen fehlt die grundlegende Lesekompetenz, wobei der Anteil der RisikoschülerInnen während des Besuches der Sekundarstufe I nahezu verdoppelt wird, von etwas über 15 Prozent im Alter von zehn Jahren (PIRLS) auf etwa 28 Prozent im Alter von 14/15 Jahren (PISA). Lesekompetenz ist als vermutlich wichtigste Kompetenz exemplarisch herausgegriffen, bei Mathematik sind die Ergebnisse ebenfalls unerfreulich.

- Schließlich sollte noch dem Geschlechterverhältnis in den Höheren Schulen Augenmerk geschenkt werden. Zwei Schultypen (Lehrer- und Erzieherbildende Schulen und Wirtschaftsberufliche Schulen) haben einen über 90-prozentigen Frauenanteil, teilweise mit gravierenden Spätfolgen für die Gesellschaft und die nächsten Generationen – vor allem bei den ElementarpädagogInnen. Die Technischen Schulen haben wiederum nach wie vor einen immensen Überhang an Männern (inklusive der Kunstgewerblichen Schulen immer noch nur etwa 30 Prozent Frauenanteil). Einzig die AHS bilanzieren hinsichtlich der Geschlechterverteilung einigermaßen ausgeglichen, nämlich mit einem knapp 60-prozentigen Frauenanteil exakt auf dem Durchschnittswert der SchülerInnen Höherer Schulen insgesamt.
- Der Befund der frühen Ausbildungsabbrüche besagt einmal mehr, dass eine soziale Selektion erfolgt. Das »Bildungsniveau der Eltern« ist der stärkste Prädiktor für frühen Bildungsabbruch vor dem Prädiktor »Migration«. Unter den MigrantInnen sind vor allem diejenigen aus Drittstaaten in 1. Generation von frühem Bildungsabbruch betroffen.
- Frauen haben zwar hinsichtlich Schulbildung aufgeholt und die Männer auch überholt, in der Gesamtbilanz allerdings weisen Frauen in beiden Quoten – der frühen AusbildungsabbrecherInnen (FABA) und der Early-School-Leaver-Quote – höhere Werte auf.
- Nach Schul- und Ausbildungsformen differenziert weist die Berufsbildende Mittlere Schule (BMS) mit ca. 58 Prozent die höchste Abbruchquote auf, gefolgt von den Überbetrieblichen Lehrausbildungen (ÜBA) mit knapp über 50 Prozent und den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) mit etwa 41 Prozent. Gemessen daran ist die »Verlustquote« der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) mit etwa 28 Prozent geradezu erfreulich niedrig.

Abbildung 5: »Verlustraten« von AHS-Oberstufe-, BMS-, BHS-NeueinsteigerInnen im Jahr 2006/2007 bis Schuljahr 2011/2012, nach Bundesländern



Quelle: Statistik Austria, Berechnung und Darstellung: IHS / Mario Steiner

- Die Abbruchquote der Dualen Ausbildung liegt gesamt betrachtet bei 23,6 Prozent, weist allerdings zwischen verschiedenen Lehrberufsgruppen und Trägern (vor allem in Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen / ÜBA) sehr hohe Unterschiede auf.
- Extreme Unterschiede bestehen auch zwischen den Bundesländern, wobei Wien mit einer Abbruchquote von 31,5 Prozent die Bundesländer weit überholt.
- Beachtet sollte aber auch eine ganz einfache Überlegung werden: Die Relation zwischen der Anzahl der Höheren Schulen und der Zahl der EinwohnerInnen. Vergleicht man den »Worst-Performer« und den »Best-Performer« der Wiener Bezirke hinsichtlich der FABA-Quoten, dann zeigt sich, dass das Verhältnis von Höheren Schulen und EinwohnerInnenzahl um mehr als eine Zehnerpotenz auseinanderklafft: Auf der einen Seite steht in Wien 20. – Brigittenau (mit 25,5 Prozent höchste FABA-Quote Österreichs) eine Höhere Schule 85.000 EinwohnerInnen zur Verfügung, während auf der anderen Seite eine Höhere Schule in Wien 8. – Josefstadt (mit ca. 12,5 Prozent niedrigste FABA-Quote unter den Wiener Bezirken, auch unterhalb des Österreich-Schnittes von 13 Prozent) den Bildungswillen von gerade einmal 8.000 EinwohnerInnen zu befriedigen sucht.
- Gesamt gesehen weist Österreich einen Anteil an SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache von 22,2 Prozent auf, in Wien beträgt dieser Anteil allerdings 47,5 Prozent. In den Volksschulen stehen einander Werte von 27,6 Prozent in Österreich und 56,3 Prozent in Wien gegenüber.
- Bezugnehmend auf den diagnostizierten Diskriminierungsfaktor »Migrationshintergrund« wurden aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur von Österreich und Wien die Über- und Unterrepräsentanzen von SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache in den verschiedenen Schultypen gesondert beleuchtet.
- Wiewohl es Unterschiede zwischen Österreich und der Bundeshauptstadt gibt, sind die zentralen Ergebnisse deckungsgleich: Kinder mit Migrationshintergrund sind in der AHS-Unterstufe erheblich unterrepräsentiert, in Hauptschulen, in Neuen Mittelschulen (NMS) und Polytechnischen Schulen (PTS) daher überrepräsentiert.
- Österreichweit ganz klar unterrepräsentiert sind Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache in den Berufsbildenden Schulen. In Wien sind sie in den Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend häufig vertreten, in den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) allerdings auch in Wien nach wie vor unterrepräsentiert.
- Ähnlich dramatisch wie die Unterrepräsentation der männlichen Jugendlichen ist die Unterrepräsentanz von SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache in den Lehrerbildenden Schulen. Auch dies gilt für Wien und Österreich gleichermaßen.

4 Kosten-Nutzen-Überlegungen

Österreich rangiert auf Platz 5 der teuersten Schulsysteme weltweit. Pro SchülerIn werden kumuliert 97.789 US Dollar aufgewendet, in Finnland etwa nur 71.385 US Dollar. Die kognitiven Spitzenleistungen unserer SchülerInnen entsprechen allerdings nicht den eingesetzten Kosten. Beides aber jeweils für sich berech-

net – sowohl die durchschnittliche Kompetenz aller SchülerInnen, gemessen am durchschnittlich erreichten PISA-Wert, als auch der Anteil der SchülerInnen mit Spitzenleistungen – würden die Wirtschaftsleistung Österreichs in erheblichem Maße voranbringen.

Einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zufolge würde sich die Verbesserung allein der kognitiven Kompetenzen nur der schlechtesten SchülerInnen mittel- und langfristig auch volkswirtschaftlich zu Buche schlagen: Für Deutschland würde die entsprechende Reform konservativ geschätzt bis 2030 die gesamten Bildungsausgaben wettmachen, 2074 wäre die gesamte deutsche Staatsverschuldung hereingebracht.

5 Resümee

Es wurde eine Reihe von Reformansätzen vorgeschlagen, die eine Verbesserung der Bildungsergebnisse bewirken würden:

- Abschaffung der Schulen, die als »Restschulen« fungieren – mit der Verpflichtung der Schulen mit den Kindern zu arbeiten, die im jeweiligen Einzugsgebiet leben.
- Oberstufen sollten alle Schulen der Sekundarstufe I ergänzen, damit die SchülerInnen die Möglichkeit haben, in der Schule, in die sie schon gehen, zu verbleiben. Damit wäre eine »Opting-out«-Möglichkeit eröffnet, und zwar für die, die wissen, was sie alternativ machen wollen [analog AHS-Unterstufe], anstatt derzeit in einem ungünstigen Alter mit einer »Opting-in«-Situation konfrontiert zu sein. Derzeit müssen alle NMS- und PTS-AbsolventInnen, die eine Mittlere oder Höhere Schule besuchen wollen, gute Noten haben und dort aufgenommen werden.
- Durchforstung des Zusammenhanges zwischen den Angeboten an Schulen und den Bildungsergebnissen in lokalen Räumen, z. B. in den politischen Bezirken: Schließung der Sonderschulen, Eröffnung Höherer Schulen.
- Änderung der Didaktik, Individualisierung, ressourcenorientierte methodische Zugänge, Erhalt der Lernfreude, Unterstützung der Lernkompetenz und der Persönlichkeitsentwicklung.

- Übernahme von Verantwortung für das Ergebnis durch das Bildungssystem durch Etablierung eines zeitgemäßen Zielsteuerungssystems, und zwar mit entsprechender Dotierung (persönell und budgetär) der Schulen nach Sozialindizes ergänzt durch Anreize für die Zielerreichung.
- Entwicklung und Etablierung von Leitbildern in den Schulen, Etablierung einer Zielvereinbarungskultur, öffentliche Diskussion über die jeweils erreichten Ergebnisse, Fehlertoleranzkultur etc.
- Zielvorgaben (entsprechend der österreichischen Bundesverfassung) für Chancengerechtigkeit beim Bildungszugang ebenso wie für Bildungsbeteiligung, Bildungserfolg und Dropout-Prophylaxe unter Beachtung von sozialer Herkunft, Migration und Geschlecht.
- Analog sollen auch für die Duale und die Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) Qualitätsstandards etabliert und transparent gemacht werden, um auch dort den Zugang zur Ausbildung, den Erfolg und die Qualität der Ausbildung zu heben und einer Diskussion zugänglich zu machen. Lehre mit Matura müsste forciert werden, und die entsprechende Unterstützung durch die Betriebe / Ausbildungseinrichtungen müsste ebenfalls sichergestellt werden.
- Über das gesamte Bildungssystem und all seine Facetten müsste eine begleitende Evaluierung gelegt werden, die Ergebnisse müssten offengelegt und auch offen und vorbehaltlos diskutiert werden. Die Langzeitfolgen von Maßnahmen müssten im Vorhinein abgeschätzt und das Ausmaß der Erreichung oder Nicht-Erreichung laufend überprüft werden, wie dies in der Wirtschaft üblich ist. Bei Abweichungen vom Zielpfad müsste unmittelbar gegengesteuert werden. Eine regelmäßige Befragung nach der Befindlichkeit der Lehrenden müsste durch die Erfassung der Befindlichkeit der Lernenden sowie auch durch Fremdbeurteilung aller relevanten AkteuerInnen von außen ergänzt werden und in die Zielsteuerung zurückfließen.

Abschließendes Resümee: Es ist noch viel zu tun!



www.ams-forschungsnetzwerk.at

... ist die Internet-Adresse des AMS Österreich für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung

Zur Autorin

Mag.^a Doris Landauer ist seit über 40 Jahren auf allen hierarchischen Ebenen der Arbeitsmarktpolitik in verschiedenen Aufgabenbereichen und Funktionen tätig. 16 Jahre lang war sie Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Seit November 2010 ist sie mit dem Sonderprojekt »Perspektiven für unentdeckte Talente – Prävention und Interventionen bei frühzeitigem Bildungsabbruch« betraut und macht in diesem Rahmen u.a. Studien zum Thema »Jugendliche ohne über die Pflichtschule hinausgehende AusBildung«. Fachlicher Blickwinkel ist Arbeitsmarktpolitik mit dem regionalen Schwerpunkt Wien. Ihr Projekt ist auch auf der Website für Jugendliche www.unentdeckte-talente.at/das-projekt/ beschrieben.
E-Mail: doris.landauer@ams.at.

Publikationen der Reihe **AMS info** können als PDF über das AMS-Forschungsnetzwerk abgerufen werden. Ebenso stehen dort viele weitere interessante Infos und Ressourcen (Literaturdatenbank, verschiedene AMS-Pub-

likationsreihen, wie z. B. AMS report oder AMS-Qualifikationsstrukturbericht, u. v. m.) zur Verfügung.

www.ams-forschungsnetzwerk.at oder www.ams.at – im Link »Forschung«

Ausgewählte Themen des **AMS info** werden als Langfassung in der Reihe **AMS report** veröffentlicht. Der AMS report kann direkt via Web-Shop im AMS-Forschungsnetzwerk oder schriftlich bei der Communicatio bestellt werden.

AMS report – Einzelbestellungen

€ 6,- (inkl. MwSt., zuzügl. Versandkosten)

AMS report – Abonnement

€ 48,- (10 Ausgaben zum Vorteilspreis, inkl. MwSt. und Versandkosten)

Bestellungen und Bekanntgabe von Adressänderungen (schriftlich) bitte an: Communicatio – Kommunikations- und PublikationsgmbH, Steinfeldgasse 5, 1190 Wien, E-Mail: verlag@communicatio.cc, Tel.: 01 3703302, Fax: 01 3705934

P. b. b.

Verlagspostamt 1200, 02Z030691M

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Arbeitsmarktservice Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation / ABI, Sabine Putz, René Sturm, 1200 Wien, Treustraße 35–43

Juni 2016 • Grafik: Lanz, 1030 Wien • Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn

